

Der Kampf



Flugzeitung für die revolutionäre Betriebsorganisation

Nr. 5	Redaktion: Bremen, Wiedstraße 42. Expedition: Bremen, Wiedstraße 42. Schriftleitung: Heinrich Gerland, Bremen. Alle Sendungen sind zu richten an Fr. Braune, Bremen, Wiedstraße 42.	Donnerstag, 29. Januar 1920	Erscheint in der Regel wöchentlich. In Mit- glieder der Betriebsorganisation wird die Zeitung kostenlos abgegeben. Für Nichtabonnenten Preis der Nummer 20 Bfg. Anzeigen: Die sechsgepal- tene Beitzteile 48 Bfg. u. 20% Feuerungszuschlag.	2. Jahrg.
-------	---	-----------------------------	---	-----------

Lehren des zusammen- gebrochenen Eisenbahnerstreiks.

Von bitterer Not gepeitscht, traten kürzlich die Eisenbahner in den Ausstand. Ihr Kampf entsprang nicht politischen Erwägungen, sondern der primitiven Vorstellung: mehr Lohn sichert bessere Lebenshaltung. Kein treibender sozialer Gedanke, kein ideales Ziel stand hinter dem Streik. Allen diesen Kämpfen könnte als Parole vorangestellt werden: Gebt uns Brot, uns, die wir jetzt fordern, und wir sind zufrieden! Aus solcher Engherzigkeit wird keine Kraft lebendig, die in siegendem Sturm die Feste des Kapitalismus und der Reaktion niederreißen, die eine neue soziale Ordnung aufbauen könnte. Weil die Eisenbahner nicht mit revolutionärem Willen den Kampf aufnahmen, fehlte ihm der revolutionäre Geist. Darum fehlte auch die revolutionäre Kraft, die allein zum Siege führen kann. Schon die Drohung der Regierung, die politischen Staatsmachtmittel einzusetzen, genügte, um die Streikenden zu schmählicher Kapitulation zu veranlassen. Wenige Stunden nach dem Bekanntwerden der Verhängung des Ausnahmezustandes trug der Draht die ersten Bitten um Gnade und Pardon nach Berlin.

Die Kraft der Streikenden war gebrochen, bevor sie richtig zur Entfaltung gekommen war. Ehe die Streikenden den Kampf mit der politischen Gewalt aufgenommen hatten, ergaben sie sich ihr. Und sie werden stets nutzlos den Kampf beginnen, ihn immer erfolglos beenden, wenn sie ihn nicht mit dem festen Entschluß aufnehmen, die gegen sie ausgebotenen staatlichen Machtmittel zu zerbrechen, selbst die politische Macht zu erobern sie an sich zu ziehen und diese Macht gegen die Ausbeuter und Unterdrücker anzuwenden. Rücksichtslos! So unbedenklich rücksichtslos, wie die Staatsmachtmittel jetzt von der kapitalistischen Gesellschaft gegen das Proletariat angewendet werden.

Selbstverständlich gilt das nicht für die Eisenbahner allein. Alle Arbeiter, alle Angestellten müssen alle ihre Aktionen ganz bewußt auf die Eroberung der politischen Macht einstellen. Wird das Bewußtsein solcher Notwendigkeit Allgemeingut der werktätigen Bevölkerung, so bedeutet das eine Riesenkraft, eine Kraft von unwiderstehlicher Stärke. Diese Kraft, zu einem gewaltigen Stoß zusammengefaßt, zermalmt mit ungeheurer Wucht die kapitalistische Herrschaft. Erst dann, nicht früher geht es vorwärts.

Vorstöße einzelner Gruppen von Arbeitern, deren Aktion nicht dem ganzen Wirtschaftsleben den Atem raubt, Bewegungen, die über lokale Grenzen nicht hinauspringen, bringen das Proletariat dem revolutionären Ziel nicht unmittelbar näher. Bisher endeten alle die verschiedenen lokalen Bewegungen mit einer vollendeten Niederlage, mindestens mit einem Mißerfolg für das revolutionäre Proletariat.

Physisch wurde die Arbeiterschaft geschwächt; als Gewinn aus allen solchen Kämpfen trug sie dagegen zweierlei Erfahrung heim. Einmal die, daß sie ihre Kräfte zu einem Generalangriff sammeln und die konzentrierten Kräfte in einem gemeinsamen Stoß gegen die kapitalistische Herrschaft einsetzen muß. Weiter die nicht minder revolutionäre Erfahrung, daß die Arbeiterschaft mit wirtschaftlichen Forderungen allein ihre eigene Lage nicht verbessern und dem Kapitalismus nicht die Herrschaft entwenden kann.

Für solche Erkenntnis darf der Eisenbahnerstreik als ein besonders lehrreiches Beispiel gelten. Zunächst waren die Vorbereitungen ungenügend. Wie der Gang der Ereignisse gezeigt, ließen sich die Eisenbahner immer noch am Gängelband der alten Gewerkschaftsbürokratie nasführen. Seit Monaten warteten die Eisenbahner auf die ihnen zugesicherten Einkommensverbesserungen. Die Zulagen blieben aus, die Kosten für Lebenshaltung stiegen fortgesetzt.

Damit wuchs naturgemäß auch die Not in den Familien der Eisenbahner. Während sie vergeblich von Woche zu Woche auf Lohnzulagen harrten, bewilligte die Regierung den Agrariern und Industriekönigen mehrmals Preiserhöhungen. Die Folge war ein allgemeines Anziehen der Preisschraube. Was die Eisenbahner an Lohnzulagen erwarteten, das war durch die mitterwelle

eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung schon im voraus wieder unwirksam gemacht. Trotzdem, man ließ die Eisenbahner noch immer warten.

Die Verschleppungstaktik der Regierung wurde von der Gewerkschaftsbürokratie nicht durchkreuzt, sie rief die Eisenbahner nicht zum Kampf auf. Im Gegenteil! Sie unterstützten die Verschleppungstaktik der Regierung. Die Bürokratie der Gewerkschaften verdröselte in Zänkereien über Rangstreitigkeiten unter sich selbst die zu Taten drängende Zeit. Die Eisenbahner wurden mit Versprechungen vertröstet. Dem sich stärker bemerkbar machenden Kampfwillen der Angestellten setzte die Bürokratie heftigen Widerstand entgegen. Sie ist überflüssig, wenn die Arbeiter ohne ihre Mitwirkung oder gar gegen ihre Anordnung Erfolge erzielen. Das wissen die Instanzen. Darum dürfen die Mitglieder nicht kämpfen, wenn es der Bürokratie beliebt, mit den Vertretern kapitalistischer Interessen zu techtelmeheln.

Bittere Not ließ endlich den Geduldsfaden der Eisenbahner reißen, nackte, kalte, harte Not trieb sie, gegen den Willen der Organisationsvertreter, in den Streik.

Wären vorher die richtigen Vorbereitungen getroffen worden, hätten die Eisenbahner den Kampf begonnen mit der Einsicht in die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, hätten sie ihn aufgenommen mit dem festen Entschluß, den Konsequenzen nicht auszuweichen, sie hätten bei dem Ringen einen entschiedenen Erfolg erzielt. Die Eisenbahner haben die Staatsmacht in den Händen, wenn sie diese Macht ergreifen wollen; sie können die Regierung, die Reaktion, die Kapitalistenklasse auf die Knie zwingen, wenn sie den Mut finden, siegen zu wollen. Geben wir solchen Willen bringt aber keine kleinliche Lohnfrage hervor, sondern nur die Einsicht in den ehernen Gang der geschichtlichen Entwicklung. Die sozialistische Überzeugung, das kommunistische Ziel muß als Triebkraft wirksam sein.

Die streikenden Eisenbahner wählten die Leitungen, die zwar mehr oder weniger in Widerspruch zu den Wünschen der Gewerkschaftsmitglieder, die jedoch noch nicht stark genug waren, das Zwischengebiet zwischen sich und der gewerkschaftlichen Zentralbürokratie zu zerschneiden. Die Zentralleitung des Streiks duldete es sogar oder mußte es dulden, daß sie von den Verhandlungen mit der Regierung ausgeschlossen blieb und zwar auf Verlangen ihrer eigenen Organisationsleitungen, die den Streik am liebsten schnell abgewürgt hätten.

Das war eine günstige Situation für die Regierung. Unter freundlicher Mitwirkung der „Arbeitervertreter“ zog man die Verhandlungen in die Länge, traf dann in aller Ruhe und Stille die Vorbereitungen, um den wirtschaftlichen Kampf der Eisenbahner mit den größten politischen Machtmitteln des Staates abzumürgen. Die Ankündigung des Ausnahmezustandes allein warf die Gruppe von Arbeitern und Angestellten zu Boden, die, wenn sie will und ihrer Macht sich bewußt ist, dem Staat an die Gurgel greifen kann.

Organisatorisch fehlte den Eisenbahnern ein gut ausgebautes Vertrauensmännerkörper (Betriebsorganisation), der alle Betriebe, Büros, Werkstätten usw., sämtliche Eisenbahnen Deutschlands wie die Adern eines Netzes miteinander verbindet. Durch diese Räte lassen die Arbeiter und Angestellten ihre Aktionen vorbereiten, unter ihrer Leitung werden sie durchgeführt. Eine solche Organisation setzt die Gewerkschaftsbürokratie schachmatt; sie macht deren Sabotage unwirksam und verhindert Verrätereien von jener Seite. Und eine solche Organisation entschärft auch die von der Reaktion in Tätigkeit gesetzte politische Waffe. Versammlungserbote waren bisher wichtige Schläge gegen Streikende. Ohne Versammlungen geht der Zusammenhalt verloren, es fehlt das Orientiertsein; die Kämpfenden werden unsicher und mutlos. Der Streik bröckelt ab, der Kampf ist verloren. Haben sich die Arbeiter in der revolutionären Betriebsorganisation eine Organisation geschaffen, die alle Betriebsangehörige erfäßt, dann können sie schließlich auch für kurze Zeit das Versammlungsrecht entbehren. Sie können ruhig weiter kämpfen und siegen.

Das, was für die Eisenbahner gilt, ist auch zwingend notwendig für alle übrigen Berufsgruppen. Schöpft die Arbeiterschaft aus dem Gang der Eisenbahnerbewegung diese Lehre, dann ist viel

gewonnen, dann war dieser Kampf der Vorläufer eines neuen siegreichen Ringens der revolutionären Arbeiterschaft.

Und noch etwas muß das Proletariat aus diesem Kampfe lernen. Die Eisenbahner hatten lediglich wirtschaftliche Forderungen erhoben. Um sie durchzusetzen, benutzte man das gesetzlich gewährleistete Kampfmittel des Streiks. Die Eisenbahner mieden ängstlich jede Gemeinschaft mit der politischen Partei. Fast wie eine Beleidigung wandten sie sich gegen die Behauptung, bei ihrem Kampfe spielten politische Motive mit. Was tat trotzdem die Regierung? Unter kräftigem Bruch der Verfassung und in handgreiflichem Widerspruch zu feierlich gewährleisteten Rechten und Rechtsgarantien zog sie, als Beauftragte kapitalistischer Interessen, mit den schmerzhaften Geschützen der staatlichen Machtmittel gegen die Eisenbahner in den Krieg. Sie machte den Kampf ganz bewußt zu einem politischen. In diesem Falle war es nicht einmal nötig, daß die Noskegarben ihre Schieß-, Spreng- und Stinkwaffen sprechen ließen, die Bekanntgabe des Ausnahmezustandes streckte die Eisenbahner schon zu Boden.

Gibt es nun noch so törichte Arbeiter, die immer noch glauben, sie könnten wirtschaftliche Kämpfe einleiten und mit Erfolg durchführen? Sobald ein Kampf der herrschenden Gesellschaft irgendwie gefährlich erscheint, wenn er dem Ausbeutungssystem an die Wurzel geht, dann setzt die bedrohte Gesellschaft unbedenklich alle ihre Staatsmachtmittel ein, um ihre Herrschaft zu sichern.

Man zerreiht die Verfassung wie einen Fetzen Papier, bricht formales Recht und Gesetz, macht die Justiz zu einer feilen Dirne des Kapitals, füllt die Gefängnisse und Zuchthäuser, läßt Blut fließen, Arbeiterblut, das Blut der Empörer gegen die kapitalistische Klassendiktatur.

So werden auch in Zukunft alle Kämpfe enden, alle werden vergeblich unternommen, wenn sie das Proletariat nicht als Ausgangspunkt für die Eroberung der politischen Macht betrachtet. Mag am Anfang eine wirtschaftliche Forderung stehen, am Ende muß stehen nicht die Forderung, sondern die Ergreifung der politischen Macht, die Diktatur des Proletariats.

Die Wurzeln des Syndikalismus.

H. Fg. Der Vorwurf, daß die Anhänger der B. D. Syndikalisten seien, ist nicht bloß einer der Hauptvorwürfe, die man gegen uns erhebt, er ist mehr als das. Fast alle Argumente, die gegen uns verwendet werden, lassen sich auf dieses Eine zurückführen: wir seien Syndikalisten. Wir stellen mit unserer B. D. die Partei in Frage und glauben, mit rein wirtschaftlichen Mitteln den Kapitalismus entwurzeln zu können, so wird uns immer wieder entgegengehalten. Wir lenken die Massen vom politischen Kampfe ab, indem wir auf die Bedeutung auch der wirtschaftlichen Kämpfe hinweisen. Im Wesentlichen läuft alles, was man gegen uns vorbringt, auf den Vorwurf des Syndikalismus hinaus.

Nun soll gewiß nicht verkannt werden, daß der Syndikalismus tatsächlich eine Gefahr für die Revolution bedeutet, und nicht die geringste. Ein Aufgehen in die syndikalistische Gedankenwelt kann und darf es nicht geben. Die Frage ist eben nur die: Sind die Betriebsorganisationen wirklich syndikalistisch? Darum dreht es sich.

Man kann eine Idee nur dann mit Erfolg bekämpfen, wenn man ihre Ursachen kennt und diese wegräumt. Warum hat das Bürgertum mit all seinen geistigen Machtmitteln — von den physischen gar nicht zu reden — warum hat es nicht vermocht, den Sozialismus zurückzudämmen? Einfach deshalb, weil es nicht imstande war, die Ursachen des Aufkommens sozialistischer Ideen, seine eigene Existenz zu vernichten. Alle Ideen, die jemals die Menschen bewegen, haben ihre realen Ursachen. Es ist völliger Unsinn, wenn man annimmt, daß irgend ein Phantast oder auch ein überragendes Genie rein aus sich heraus eine Idee ausbrüten und diese nun in die Massen schleudern könne. Keine Idee ohne einen realen Untergrund. Oder auch: Keine Bewegung ohne tiefer liegende Ursachen. Es müssen Ursachen, bewegende Kräfte da sein, die eine Bewegung ins Leben rufen und es müssen auch diese Ursachen

weiter vorhanden sein um die einmal ins Leben geworfene Bewegung weiter zu erhalten — sie gewissermaßen zu nähren.

Von hier aus müssen wir an eine Untersuchung des Syndikalismus herangehen, um dann die Frage ins Auge zu fassen: Sind wir wirklich Syndikalisten? — Das Geburtsland des Syndikalismus ist Frankreich. Hier erkennen wir auch die doppelten Ursachen, die treibenden Kräfte, die ihn entstehen ließen und die ihn — vorläufig wenigstens noch — am Leben erhalten. Genau genommen ist es nur eine einzige Hauptursache; denn die zweite ist eben ihrerseits eine Folgeerscheinung der ersteren. Diese tiefste Ursache des Syndikalismus ist der Stand der kapitalistischen Entwicklung in Frankreich. Oder, noch genauer, das Vorwiegen der Kleinindustrie in Paris.

In Paris nämlich mit seiner Luxus-Klein- und Mittelindustrie ist der Syndikalismus erwachsen und hier ist auch heute noch sein Hauptrekrutierungsgebiet. Überzeugend weist G. Eckstein in das nach in seiner Einleitung zu Paul Louis Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Auch Werner Sombert kommt in der neuen Auflage seines Werkes: Sozialismus und soziale Bewegung zu dem gleichen Resultat. Freilich legt der Letztere, als bürgerlicher Ideologe, hier es immer war und auch geblieben ist, trotz aller Beschäftigung mit dem Sozialismus, das Hauptgewicht auf den Volkscharakter der Franzosen. Doch sagt auch er: „Die Vorstellungen, die vielen Theorien der Syndikalisten zugrunde liegen, tragen (so sehr diese es ableugnen mögen) ein durchaus handwerksmäßiges Gepräge.“ — Wenn auch durch uns nicht bestritten werden soll, daß Volkscharakter und auch die Tradition der großen Zeit von 1789 — 1795 mit ins Gewicht fallen — zur Erklärung des Aufkommens syndikalistischer Ideen reicht das alles nicht aus. Der in der Hauptsache immer noch kleinbürgerliche, rückständige Charakter der französischen Industrie ist der letzte Grund.

Die französische Industrie war, sagt Gustav Eckstein, „geradezu gezwungen, sich auf die Herstellung von Qualitätsware zu verlegen, wo die Geschicklichkeit und Übung des einzelnen Arbeiters in hohem Maße zur Geltung kam.“ — „In Frankreich primäre Produktionsmethoden noch lange Zeit —“. Neben 28.975 Handwebstühlen waren z. B. im Jahre 1883 (Département Rhône) nur 1900 mechanische Webstühle in Tätigkeit.

Herausgewachsen sind die syndikalistischen Gewerkschaften Frankreichs, wie Paul Louis zeigt, aus den Hilfs- und Widwergschaften, die sich allmählich zu Gewerkschaften entwickelten. Die Mitglieder eben jener Klasse waren meistens Heimarbeiter z. B. Seidenweber in Lyon und Handwerker wie Buchdrucker. Selbst wenn inzwischen die Industrie sich umgewandelt hätte, müßten damit die alten Ursachen noch lange Zeit fortwirken. Aber bei dem äußerst langsamen Gang der Entwicklung der Industrie kann von einer nennenswerten Umwandlung geredet die Rede sein. Aus diesem durchaus kleinbürgerlichen Milieu erwuchs auch der Anarchismus von den der Syndikalismus mehr übernommen hat als seine Vertreter manchmal zugeben wollen. Behaupten doch einige von ihnen, der Syndikalismus sei reiner, ja sogar gereinerer Sozialismus. Diese Tatsache erklärt uns auch, warum der Syndikalismus in Ländern wie Italien und Spanien eine gewisse Bedeutung erlangen konnte.

Er wäre aber nicht reiflos zu verstehen, wenn nicht noch eine zweite Ursache hinzu käme. Und zwar der Parlamentarismus oder vielmehr die Überschätzung des Parlamentarismus gerade in Frankreich. Im Vorbeigehen wollen wir noch anmerken, daß das Vorwachsen syndikalistischer Strömungen in Deutschland auch mit darauf zurückzuführen ist, daß bei uns nach der Revolution vom 9. November von beiden sozialdemokratischen Parteien der Parlamentarismus so in den Vordergrund gerückt wurde. Das mußte auf der anderen Seite die Wirkung haben, daß sich die Gegenströmung stärker und deutlicher zeigte. Wir bekamen ja in diesen Tagen ungefähr das, was die Franzosen schon lange besaßen und was ja gerade die mehr unmittelbar wirkende Ursache des Syndikalismus war: den Ministerialismus.

Eben der Umstand, daß in Frankreich Leute wie Millerand, Briand die Arbeiterbewegung als Steigbügel für ihre Ministerherrlichkeit benutzen konnten, daß sie von dem Rücken der Arbeiterklasse aus sich auf ihre Ministerfessel schwingen konnten, hat ja am meisten zum Aufkommen des Syndikalismus mit beigetragen. Aus allen Äußerungen ihrer Literatur und ihrer Redner ist das zu erkennen. Sie sahen von der Politik, die die Arbeiterklasse treiben mußte eben nur diese eine Seite. Sie sahen nur die Verräter an ihrer Sache, die Minister, die natürlich als solche in einem kapitalistischen Staate nicht den Sozialismus durchführen konnten — ganz abgesehen davon, daß sie es ja gar nicht wollten. Und zu diesen eigenen bitteren Erfahrungen kamen dann noch die Korruptionsercheinungen, die tatsächlich vom Wesen des Parlamentarismus, und am meisten in Frankreich, nicht zu trennen sind. Das erklärt uns das Aufkommen einer Strömung, die vom Parlamentaris-

mus, ja von aller Politik überhaupt, nichts wissen wollte. Aus der Vermischung anarchischer und gewerkschaftlicher Tendenzen ist also der Syndikalismus herausgewachsen.

Das erkennt man auch deutlich daran, wie und wann der Syndikalismus bei uns in Deutschland entstanden ist. Die lokalistischen Gewerkschaften sind es nämlich, die zu Trägern syndikalistischer Ideen wurden. Bis zum Halberstädter Gewerkschaftskongress von 1892 waren die Gegensätze innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht gar so groß. Erst von hier ab, nachdem die Zentralisation allgemein durchgeführt sollte, bildeten sie sich klarer und schroffer heraus. „Gegen den Zentralismus, fort mit aller Politik“, wurde nun die Parole. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich hier, daß der Syndikalismus bei uns im Wesentlichen von der Überspannung des Zentralisationsgedankens und noch mehr von dem immer mehr ausgesprochenen Reformismus in Partei und Gewerkschaft lebte. Das sind für Deutschland seine Hauptursachen. Von 1904 ab tauchte der Anarcho-Sozialismus auf, der Generalstreik und die direkte Aktion. Als der alte Kämpfer, der Führer der Lokalisten, starb, hielt kurz darauf Dr. Friedberg sein Referat über Parlamentarismus und Generalstreik.

Von nun an starb die Diskussion über den Generalstreik nicht mehr ab. So sehr dieser Gedanke auch bekämpft und lächerlich gemacht werden mochte, so war er doch nicht tot zu kriegen. Von Auer wurde er als Generalunsinn abgetan, was umso besser zu verstehen ist, wenn man sich an dessen Wort von dem „taumelnden Endziel“ erinnert. Die offizielle Gewerkschaftsbürokratie verdamnte und verfluchte einmal diese Idee; dann tat sie sie wieder mit einer verächtlichen Handbewegung als Revolutionsromantik ab.

Dies letztere Verdikt traf auch mit zermalmender Wucht die Anhänger des Massentreibs, wie er 1905 in der Partei und auf dem Parteitage zu Jena diskutiert wurde. Vor dem entschlossenen Angriff der Gewerkschaftsbürokratie wich damals die Partei zurück; der Revisionismus, in Dresden 1903 nur theoretisch totgeschlagen, war Sieger auf der ganzen Linie.

Das ist in kurzen Strichen der Boden, auf welchem der Syndikalismus erwuchs und der ihn ernährt.

Die Arbeiterbewegung in England.

(Ein Brief aus England.)

Das Zentrum, um das sich die klassenbewußten Elemente der britischen Arbeiterschaft weiter in immer steigenden Zahlen scharen, sind der Gewerkschaftsbund und — und die Arbeiter-Partei. Es ist sehr charakteristisch für England, daß die Arbeiterbewegung wächst im Rahmen der alten ökonomischen Organisation, die während des 19. Jahrhunderts geschaffen wurde. Außerdem trägt sie vorläufig einen völlig ökonomischen Charakter, folgt rein praktischen Zielen, ohne sich für Fragen des theoretischen Sozialismus besonders zu interessieren und sucht die Probleme für die Gegenwart und die nähere Zukunft zu lösen. Es kann nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften dazu bestimmt sind, das Instrument der wirtschaftlichen Umwälzung und der Machtergreifung des Proletariats in England zu werden. Außer durch sie kann an keine erfolgreiche Aktion gedacht werden. Die proletarischen Parteien, wie die Independent Labour Party und die British Socialist Party, wirken zwar als Sporn bei den Gewerkschaftsführern, aber sie haben kein großes Gewicht und keinen großen Einfluß bei den Massen. Das Problem in England liegt nicht darin, politische Parteien zu gründen und zu organisieren, die den Marxismus predigen, aber darin, den Prozeß der Revolutionierung der großen Gewerkschaften zu unterstützen, indem man ihnen hilft, ihre opportunistischen Führer zu entfernen und ihnen erklärt, daß nur durch Verschärfung des Klassenkampfes und durch Massenaktionen diese Verbände jemals das Los der Arbeiter werden verbessern können. Dieses Werk ist schon von verschiedenen Gruppen in Angriff genommen worden, unter denen die Bergarbeiter von Südwales und die Werftarbeiter aus Clyde oben an stehen. Sie werden von anderen Gruppen unter den Intellektuellen unterstützt, wie die Guild Socialists und andere, die eher nebelhafte Vorstellungen über die Diktatur des Proletariats haben, wie die Mitglieder der Herald-Liga. Die Independent Labour Party ist die größte aller englischen Arbeiterparteien, aber ihre Führer sind Opportunisten und Parlamentarier. Aber die Partei umfaßt Mitglieder aller Schattierungen und erinnert in dieser Hinsicht stark an die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands während des Sommers 1917. Ihre Radikalisierung oder Aufspaltung ist nur eine Frage der Zeit. Die British Socialist Party ist eine kleine Gruppe klardenkender Marxistin und ohne großen Einfluß auf die Massen geblieben. Die treibende Kraft der kommenden Revolution ist zweifellos der „Dreibund“, aber viel

und schwere Arbeit muß noch getan werden, bevor diese Körperschaft sich mit Hoffnung auf Erfolg auf einen Kampf mit dem Klassenfeind einlassen kann. Der Glaube an das Parlament ist noch immer stark. Der Erfolg der vor kurzem stattgehabten Gemeindevahlen hat den Glauben erweckt, daß die arbeitenden Klassen schließlich doch durch ihr Ziel durch Benützung der Organe der bürgerlichen Demokratie erreichen könnten. Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die Massen klar sehen, daß das Parlament nur ein Instrument der Groß-Industriellen und des Finanzkapitals ist. Inzwischen gehen die Gemeindeverwaltungen in den großen Industriezentren allmählich in die Hände der lokalen Arbeiterparteien über, die an vielen Orten eine sichere Mehrheit errungen haben. Diese Körperschaften, die in Kontakt mit den Gewerkschaftsräten, d. h. den lokalen Gewerkschaftsbänden arbeiten, sind nichts anderes als die Sowjets im kleinen; die wahrscheinlich eines Tages die politische und ökonomische Macht im Lande in die Hand nehmen werden. Es kann indeß nicht stark genug betont werden, daß dieser Prozeß ein langsamer ist.

Inzwischen wird es jeden Tag offenkundiger, daß die wirkliche Politik im Lande nicht vom Parlament, sondern durch die großen Syndikate, die hinter der Regierung stehen und durch die Gewerkschaftsbünde gemacht wird; die Beschlüsse, die in diesen Körperschaften gefaßt werden, sind entscheidend. Z. B. erhöhte die Regierung im Sommer unter dem Druck der Grubenbesitzer die Kohlenpreise um 6 sh. pro Tonne, teils um im Mittelstand eine den Bergarbeitern feindliche Stimmung zu schaffen, teils um ihre Profite zu sichern. Die Kampagne, die der Dreibund in seinen Vorstandssitzungen und in dem ihm nahestehenden Organ, dem „Daily Herald“ durchführte und der Druck, den die Gewerkschaftsbeamten bei Besprechungen mit den Ministern ausübten, zwang die Regierung schließlich, die Preiserhöhung rückgängig zu machen und den Preis der Hausbrand-Kohle um 10 sh. pro Tonne herabzusetzen. Der vom National-Verband der Eisenbahner in den Verhandlungen mit Mr. Lloyd George nach dem Eisenbahnerstreik vom letzten Oktober ausgeübte Druck wiederum hat den Erfolg gehabt, daß die Regierung dem Eisenbahner-Verband eine Anzahl Sitze neben den Eisenbahndirektoren und den Regierungsvertretern in der Eisenbahnverwaltung zugestanden hat. Es ist wahrscheinlich, daß dies Angebot von den Eisenbahnern angenommen wird als einen Schritt nach dem Ziel ihrer Wünsche, der Nationalisation und der gemeinsamen Kontrolle mit der Regierung über die Eisenbahn.

Auf der anderen Seite sind die Mächte, die hinter der Regierung stehen, erschreckt über das Anwachsen der Arbeiterbewegung und tun ihr Möglichstes, um einzelne Streiks zu provozieren, damit die Arbeiter erschöpft werden, bevor sie zu einem großen Schlag ausholen. Dank dem Opportunismus der Führer im parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftsbundes ist es der Regierung gelungen, den größeren Teil des Programms, das der Gewerkschaftsbund zu Beginn dieses Jahres durchzuführen gedachte, zu sabotieren. Indem sie Entscheidungen hinauschiebt und Gesetzesvorlagen den Kommissionen zuweist, erschöpft die Regierung die Geduld der Arbeitermassen. Die Bergarbeiter, die im Anfang des Jahres die Regierung durch den Generalstreik zur Nationalisation der Bergwerke hätten zwingen können, gaben sich mit einer Kommission zufrieden, die über die Möglichkeit der Nationalisation Bericht erstatten sollte. Die Regierung ihrerseits versprach, sich den Entscheidungen dieser Kommission zu unterwerfen. Als aber die Kommission sich für die Nationalisation aussprach, weigerte sich die Regierung, den Beschluß durchzuführen und gedenkt jetzt einen großen Kohlenstreik privater Finanzleute unter Regierungskontrolle zu gründen. So sind die Bergarbeiter ihrem Ziel nicht näher gekommen, als wie sie zu Anfang des Jahres 1919 waren. Die Regierung versprach auch, die Sorge für Wohnungen für die Arbeiterklasse zu übernehmen. Nach monatelangem Warten erfährt das Land, daß die Regierung private Syndikate zu unterstützen gedenkt, die den Bau der notwendigen Häuser in ganz England übernehmen sollen. Im Frühling 1919 hatte die Regierung einen Industrie-Rat geschaffen, der in Permanenz tagen sollte und aus Vertretern aller Industrien des Landes, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeiter, zusammengesetzt war. Er sollte die Festsetzung eines Lohnminimums und der 48-Stundenwoche durchführen. Das wurde aber nicht durchgeführt, da die Vertreter des Großgrundbesitzes sich weigerten, die Landarbeiter unter die Obhut dieses Industrie-Rates kommen zu lassen, worauf sich dieser auf unbestimmte Zeit vertagte. Statt dessen schlug die Regierung im letzten Monat eine Gesetzgebung vor, die die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten und den Einzug des Streikrechtes bedeutete hätten. Die Opposition der Arbeiter-Vertreter im Parlament verhinderte jedoch, daß diese Vorlage Gesetz wurde, und so steht heute alles da, wo es im Frühling 1919 gestanden hat. Die Taktik der Regierung besteht in der Tat darin, durch Sabotage und Verzögerung das Proletariat müde zu machen, und zu diesem Zweck beginnen sie, sich der opportunistischen Arbeiter-Vertreter zu

bedienen, die nie etwas tun, wenn sie nicht von unten dazu gezwungen werden.

Andererseits ist der Gewerkschaftsbund im Begriff, einen sehr wichtigen Schritt zu unternehmen, der ihn in seiner Aufgabe, dem Kampf gegen die kapitalistische Reaktion und ihre Drahtzieher, stärken dürfte. Es ist vorgeschlagen worden, das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftsbundes, das zu einem Klink für Abgeordnete im Parlament geworden ist, abzuschaffen und statt dessen einen Generalkonvent zu gründen, der jährlich durch den Gewerkschaftsbund gewählt werden soll. Die Aufgabe dieser Körperschaft soll sein, die Aktionen der verschiedenen Gewerkschaften, die den Bund ausmachen, miteinander in Einklang zu bringen und über die Frage der Taktik und Politik und alle Angelegenheiten, die die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes angehen, zu beraten. Ebenfalls in der Absicht, Übergänge zu verhindern, soll diese neue Körperschaft mit der Genossenschaftsbewegung in Verbindung treten und einen gemeinsamen Plan für Untersuchungen und Sammlungen von statistischem Material und Propaganda ausarbeiten. All dies sind Anzeichen eines langsamen, aber stetigen Heranwachsens einer mächtigen Klassenorganisation des britischen Proletariats. England geht seiner industriellen Revolution entgegen, aber, wie immer, unbewußt und ohne alle klaren Ideen auf Grund politischer Theorien.

Enthüllungen.

Der Morast der versauenden bürgerlichen Gesellschaft gebiert stinkende Enthüllungen. Sie kommen ans Tageslicht wie Pflanzen aus dem Sumpf. Enthüller können Talente sein, Charaktere sind es gewöhnlich nicht. Am übelsten duften die Indiskretionen von Renegaten. Zu diesen gehört der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbandes, Emil Kloth. Während des Krieges betrieb er wüste nationale Hege. Für die anderen predigte er das Durchhalten — er selbst spielte Konjunkturgewinnler hinter der Front. Selbstverständlich trat er auch für die Verzichtleistung der Arbeiter auf Freiheit und Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen ein. Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit nannte man das.

Der Lohn blieb nicht aus, für Herrn Kloth nämlich. Als Vertreter der Gewerkschaften ergatterte Herr Kloth ein lukratives Pöstchen in einem Wirtschaftsamt. Nun brauchte der Mann die Arbeiter und seine Gewerkschaft nicht mehr. Er etablierte sich nebenbei als Goldschreiber für die kapitalistische Presse. Jetzt verfehlt er gar seinen ehemaligen Freunden aus der Partei- und der Gewerkschaftsbürokratie gehörige Fußtritte, deminziert sie und macht Enthüllungen aus ihren Geheimkonventikeln. Als Ablagerungsstätte für seine Beräuberereien benutzte dieses Musterexemplar von Gewerkschaftsführer die alldeutschen „Leipziger Neueste Nachrichten“. In der Nummer des Blattes vom 5. Januar, in einem Artikel unter der Überschrift „Die Erdolchung der Front“, beschuldigt er das deutsche Volk, den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet zu haben. Er macht sich Hindenburgs Wort von der Erdolchung der Front zu eigen und bemerkt dazu:

„Dieses Wahrwort muß dem deutschen Volke ein flammendes Fanal werden, denn kein Wiederanstieg ohne Erkennen der Ursachen unseres Niedergangs. Dazu will auch ich an meinem Teil beitragen, zumal es mir vergönnt war, während des Krieges vom guten Beobachterposten das Wesen, Wirken und Weben der sozialdemokratischen Politik und Geheimdiplomatie zu verfolgen. Ich meine damit die Konferenzen der Gewerkschaftsvorstände, auf denen eine ganze Anzahl der jetzigen Minister usw. anwesend waren. Ich meine u. a. der Reichspräsidenten Ebert, den Reichskanzler Bauer, die Minister Schmidt, Schlicke und Leipart (würtemb. Arbeitsminister), Minister a. D. Wissell. Die Konferenzen waren vertraulicher Natur. Zwar wurden über ihre Sitzungen Berichte ausgegeben, allein diese gingen von der Generalkommission der Gewerkschaften aus und enthielten nur das, was für die Öffentlichkeit bestimmt war.“

Seine Indiskretionen rechtfertigt Kloth leicht hin damit, daß jetzt allgemein enthüllt würde. Rühriger Geschäftseist ist nie um Gründe verlegen. Immerhin, die Enthüllungen haben für die Arbeiterchaft Interesse. Sie erfahren nun, daß die Gewerkschaftsvorstände über ihre Verhandlungen und Beschlüsse — friefierte Berichte herausgegeben haben. Gewerkschaftsbürokratische Demokratie. Der sozialdemokratischen Fraktion macht Kloth einen Vorwurf, weil sie nicht unbedingt die Schuldlosigkeit Deutschlands betont habe.

„... Sie sah nicht in Jahrzehnten, hob deshalb nicht genügend die von langer Hand betriebene Einkreisungspolitik der Entente hervor, sondern klebte an den unmittelbaren dem Weltkrieg vorausgehenden Ereignissen.“

Unbeabsichtigt legen die „Leipziger Neueste Nachrichten“ den Enthüller selbst auf die Nase. In der gleichen Nummer veröffentlichen sie Briefe Wilhelm II. an den Zaren aus dem Jahre 1898. Darin heißt es u. a.:

„Am Ostern herum kam ein berühmter Politiker aus eigenem Antriebe plötzlich zu meinem

Botschafter und bot ihm einen Bündnisvertrag mit England an. Graf Hasfeld, äußerst verblüfft, sagte, er könne sich nicht erklären, wie das möglich sei nach allem, was sich seit 1895 ereignet habe. Die Antwort lautete, das Angebot sei im vollen Ernst erfolgt und aufrichtig gemeint.“

Wenn es höchstens zur Einkreisung gekommen ist, dann durch Wilhelm's Schuld. Er schreibt nämlich weiter:

„Nach Ostern wurde das Ersuchen dringend erneuert, aber auf meinen Befehl kühl und dilatorisch in farblosler Fassung beantwortet...“

Doch hören wir den Mustergewerkschaftler weiter:

„In der Vorkonferenz vom 1. Jan. 1916 kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Legien und Ebert. Legien warf dem Fraktions- und Parteivorstande vor, daß beide ihre Pflicht nicht erfüllt hätten gegenüber den Liebknecht, Rühle, Hanse und Genossen. Die Fraktionsgemeinschaft mit den Disziplinbrechern hätte aufgehoben werden müssen. Entsprechende Anträge von ihm, Legien, seien jedoch abgelehnt worden. Eberts Antwort war die eines Parteibeamten, der jegliche Entscheidung dem nächsten Parteitag überlassen möchte, weshalb ihm der Redakteur Umbreit vom Korrespondenzblatt der Gewerkschaften vorwarf: es sei sein historisches Unverständnis, daß er die Dinge so formal behandle und sich auf das Organisationsstatut berufe. Bitter beklagte sich der Bergarbeiterführer Hué über die Zustände in der preussischen Landtagsfraktion unter deutlicher Anspielungen auf deren Vorsitzenden, den damals als Stenographen anwesenden, jetzigen preussischen Ministerpräsidenten Hirsch, der fortgesetzt der Liebknechtgruppe die Stange hielt. „Wenn die preussische Landtagsfraktion nur noch einen Schritt weiter nach links, nach der Liebknechtseite überschwenkt, dann wird es für einen Menschen, der Gewerkschaftsinteressen vertritt, unmöglich sein, das Zusammenarbeiten fortzusetzen.“

Schließlich erklärte Herr Bauer, der jetzige Reichskanzler:

„Pflanzen wir das Banner der Gewerkschaften auf, schaffen wir ein eigenes Programm, und wenn es mit dem der Partei nicht übereinstimmt, so müssen wir unser Programm trotzdem durchsetzen!“

Im weiteren beschuldigt Herr Kloth die Gewerkschaftsleitungen und den Parteivorstand, allen Antikriegsbestrebungen immer mehr Vorschub geleistet und damit die Erdolchung der Front mit herbeigeführt zu haben. Das ist eine bössartige Verleumdung, denn die alten Freunde des Herrn Kloth waren bis zum Schluß nicht nur Vertreter der Durchhalteparole, Herr Scheidemann wollte noch im letzten Augenblick eine nationale Einheitsfront bilden — noch etliche Hunderttausende in das Feuer der Maschinengewehre bringen. Doch darüber mögen sich die „Arbeitervertreter“ mit Herrn Kloth auseinandersetzen.

Die Arbeiter müssen es sich jedoch merken, daß die Herren Legien, Bauer, Hué, Umbreit, der ganze Stab der führenden Leute als Fanatiker des Krieges und Agenten des Kapitals die Beste Mittel der Arbeiter, den Krieg zu beenden, zu allen Mitteln zu hintertreiben versucht haben.

Der Katastrophe zu.

Wie auf finanziellem, so faust die Regierung auch auf wirtschaftlichem Gebiete dem Abgrund zu. Die Finanzsorgen werden jeden Tag größer. Die Notenpresse bedruckt Papier, das wir als Geld bekommen. Je mehr gedruckt wird, um so schneller sinkt die Kaufkraft der Papiermark und um so rasender muß die Notenpresse arbeiten. Sprunghaft schnellen die Preise aller Waren in die Höhe. Den Preisprüngen folgen in langsamem Tempo die Erhöhungen der Löhne und Gehälter. Aber jede dieser Erhöhungen macht wieder eine Mehrarbeit der Notenpresse erforderlich. Die Regierung schöpft nicht Wasser mit dem Korbe, aber gießt Wasser in ein Sieb. Dem Agrariern gewährt sie höhere Kartoffel- und Getreidepreise. Dann muß sie die Preise für Brot hinaufsetzen. Die erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung macht Lohnzulagen notwendig. Hier allerdings zeigt sich die Regierung bockbeinig. Die Arbeiter und Angestellten greifen zur Selbsthilfe. Streiks brechen aus, die Verkehrsstörungen steigern die Kohlennot, vergrößern den Wirrwarr im ganzen Wirtschaftsleben. Und trotz aller Liebe, die unseren Agrariern den Säckel füllt, trohen sie den Wünschen der Regierung und dem Hungerstrei des Proletariats. Obwohl man ihnen höhere Preise und Prämien mit rückwirkender Kraft auf lieferpflichtiges Getreide zugewilligt hat, liefern die Herrschaften nicht. Das Getreide wird eingesperrt gehalten, um bei weiter gesteigerter Not noch tollere Wucherpreise erraffen zu lassen. In all den andern Sorgen und Nöten kommt noch die Gefahr von Hungerkrawallen, die unmittelbarer bevorstehen. Das geht aus Besprechungen hervor, die am 5. Januar in Berlin zwischen Vertretern der Gemeinden von Großberlin und dem Reichskanzler stattgefunden haben. Es wurde da festgestellt, daß die Reichsgetreidestelle zurzeit über einen Vorrat verfügt, der nur noch auf ungefähr 14 Tage

oder bei Hinzurechnung gleicher Eingänge, wie die jetzigen, noch wenige weitere Tage ausreicht, so daß, wenn man die Vorausbeflieferung der Kommunen mit berücksichtigt, die Reichsgetreidestelle Anfang Februar leer sein würde. Die Gemeindebehörden halten es für ein dringendes Gebot, alle Organe der öffentlichen Gewalt in Bewegung zu setzen, um die auf dem Lande lagernden Vorräte pünktlich in Besitz zu bekommen und jeder Verzögerung entgegen zu treten. Keine Regierung dürfe die städtische Bevölkerung für jetzt oder später dem Risiko aussetzen, von Kartoffeln und Brot entblößt zu sein.

Die Bauern werden lachen, wenn sie das vernehmen. Herr Noske hat sie so gut bewaffnet, daß Polizeivorgane gegen sie nichts ausrichten können. Und Herr Noske sorgte auch dafür, daß die Grundbesitzer unsere herrliche Reichswehr nicht zu fürchten brauchen, falls die Regierung auf den tollen Gedanken kommen sollte, sie gegen die sabotierenden Agrarien zu mobilisieren, denn die feudalen Offiziere lassen wohl gegen streikende Arbeiter Granatgranaten schleudern, scheitern aber nicht gegen ihre eigenen Klassengenossen.

Die Regierung kann sich drehen und wenden wie sie will, sie rast der Katastrophe zu und reißt das Volk mit hinein.

Der Sabotageplan der Konterrevolution.

Die Werftarbeiter sind in den Reihen des Proletariats als Vorkämpfer des revolutionären Klassenkampfes bekannt. Um diese Arbeiterschaft zu zermürben, haben die Gewerkschaftsbürokraten in monatelange Verhandlungen systematisch die berechtigten Forderungen zwecks Lohnerrhöhung an das Unternehmertum „verhandelt.“ Und diese Verhandlungen hatten keinen anderen Zweck, als dem Unternehmertum Zeit zu geben, zum Schläge auszuholen, wenn die erkämpften Rechte des Proletariats. Es präparierte denn am Ende der Verhandlungen das erstarrte Unternehmertum dem Proletariat seine Zugeständnisse in Form der Aufkündigung der Akkordarbeit. Das Siegesgefühl der Unternehmer macht sich bemerkbar durch die Herauskehrung des „Herr im Hause“-Standpunktes im Betrieb. Aber nicht genug damit. Die Gewerkschaften, als getreue Hüter des kapitalistischen Profits bemühen sich, das Morosjeim reitlos durchzuführen. Aber die wirtschaftliche als auch die politische Unsicherheit läßt dem Unternehmertum gar keine Zeit, die Profite in Ruhe zu reueln, da durch die steigende Feuerung die Arbeiterschaft zu immer neuen Lohnforderungen gedrängt wird. Aber wie es auf dem politischen Gebiet die erste Aufgabe der Konterrevolution war, mit den brutalsten Machtmitteln die „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen; so sieht auch das Unternehmertum keinen anderen Ausweg aus der Unruhe und dauernden Erschütterung der Produktion als die Anwendung der Gewalt. Sie greifen zur Sabotage.

Im Dresdener Industriebezirk stellte kurz vor Weihnachten eine Zelluloid-Fabrik den Betrieb ein. Grund; wie überall jetzt, Kohlenmangel. Der Arbeiterrat des Werkes glaubte diesen Schwindel jedoch nicht ohne weiteres. Er zog bei der Firma, woher bis dahin vom Werke die Kohlen bezogen wurden, Erkundigungen ein und konnte feststellen, daß der Unternehmer seine Kohlen abbestellt hatte.

Für das Proletariat sollte dieser Fall aufs neue eine Lehre sein, daß es seine ganze Kraft einsetzen muß, um durch revolutionäre Betriebsräte sich in den Besitz der vollen Kontrolle über die Produktion zu setzen. Jeder Tag in der Verzögerung dieses Kampfes bedeutet die Steigerung der Verelendung und Verklavung des Proletariats.

Christliche Gewerkschaften — Unternehmerterror.

Bei der Firma Logemann & Wartenburg in Bremen scheinen eigenartige Zustände zu herrschen. Die Mehrheit der Arbeiter besteht aus Mitglidern der christlichen Gewerkschaften. Die Firma ist verpflichtet, Arbeitskräfte nur durch den Zentral-Arbeitsnachweis einzustellen. Was aber tut sie? Bekommt sie Holzladungen, so ist sie nicht in der Lage, die Ladung ohne Zuhilfenahme fremder Arbeiter zu lösen. Diese Arbeiter werden nicht aus den Reihen der Arbeitslosen genommen, sondern von der Firma Ahlers herangezogen, um im Akkord die Holzladungen zu lösen. Werden dadurch die Arbeitslosen schwer geschädigt, so wird durch die Praktiken des Vorarbeiters Jahn auch bei der Einstellung eine scharfe Aussonderung vorgenommen. Der Vorarbeiter Jahn als auch dessen Bruder, die beide dem christlichen Verbands angehören, werden für die Firma Arbeiter unter den gemeinsten Bedingungen.

So war der Bruder des Vorarbeiters Jahn bei dem Arbeiter Czarnetky und erklärte diesem, er könne bei der Firma anfangen, trotzdem dieser Arbeiter Czarnetky anderweitig in Arbeit steht. Bedingung war natürlich, er mußte Mitglied des christlichen Verbandes sein, sonst gedrängt der Vor-

arbeiter Jahn für die Einstellung des genannten Arbeiters. Ein anderer Arbeiter begab sich in die Wohnung des Vorarbeiters und frug an um Arbeit. Jahn frug diesem ob er organisiert wäre, der Arbeiter verneinte dies, dann erklärte Jahn, er müsse sich im christlichen Verband aufnehmen lassen, und solle nach ein paar Tagen wiederkommen, um sich den Bescheid zu holen, ob er bei Logemann in Arbeit treten kann. Revolutionäre Arbeiter der Firma Logemann schlafte ihr immer noch und laßt euch allmählich von den Christlichen an die Wand drücken, oder solltet ihr von diesen Vorgängen des Vorarbeiters Jahn und dessen Bruder nicht wissen. Es wird Zeit, daß ihr selbst dagegen Stellung nehmt, und verlangt daß die Arbeitskräfte die eure Firma benötigt, auf gerechtem Wege eingestellt werden, und nicht unter solch schosfischen Bedingungen. Also auf zur Tat, nützt eure Macht aus, die ihr besitzt.
Ferdinand Simon.

Die Notlage der deutschen Industrie.

Immer, wenn irgendwo die Arbeiterchaft Lohnaufbesserungen fordert, schallt es aus den Spalten der arbeiterfeindlichen Presse entgegen: Ihr verflündigt Euch am Volke, Ihr ruiniert die deutsche Industrie! In Wahrheit versteht diese es aber, immer noch Dividende zu machen, die sich auf der Höhe der in den Zeiten des Hindenburgprogrammes gezahlten bewegen, sie zum Teil sogar noch übersteigen. Nach einer Übersicht der Bergwerkszeitung, dem Organ der Kohlenbarone, verteilten im abgelaufenen Geschäftsjahre Dividenden in Prozent:

Machener Spinnerei	15
Akkumulatorenfabrik	20
Badische Anilin- und Sodafabriken	20
Bismarckhütte	30
Gebr. Böhler & Co.	26
Busch, Waggonfabriken	25
Wanderer-Werke	35
Daimler-Motoren-Gesellschaft	30
Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken	30
Dürkoppwerke	35
Fraustätter Zuckerfabrik	35
Frischer, A.-G.	25
Gehardt & Co.	3
Gelsenkirch. Gußstahlfabrik	30
Halle'sche Maschinenfabriken	35
Hilgers Verzinkerei	46
Ilse Bergbau A.-G.	66 2/3
Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik	25
Magdeburger Bergwerks-Gesellschaft	30
Rhein. Gerbstoff	40
Rhein. Metallwarenfabrik	26
Hugo Schneider	30
Schomburg	35
Schubert & Salzer	30
Sahle Eisenhütte	42 2/3
Vereinigter Köln-Rottweiler Pulverfabrik	20

Angesichts solcher Ziffern den Zusammenbruch der deutschen Industrie durch die Lohnforderungen der Arbeiterchaft vorauszusagen, setzt ein Maß von — Unverfrorenheit voraus, das wirklich nicht zu überbieten ist.

Und wenn heute viele Arbeiterfamilien neben den Folgen jahrelanger Unterernährung auch noch frieren müssen, weil sie nicht in der Lage sind, 12 Mark und mehr für 1 Zentner Kohlen zu bezahlen, so wird ihnen gewiß in der kalten Stube das Blut rasch und wärmend pulstieren, wenn sie lesen, daß große Bergwerks-A.-G. 66 2/3 Prozent Dividende verteilen.

Solche Resultate zettigt die „Sozialisierung“ in der Republik Deutschland, in der „töber einige tausend Tollköpfe“ geopfert werden, als daß die Ruhe und Ordnung zur Ausbeutung der Arbeiterchaft gestört würde.

Sieg der Sowjets!

Das Martyrium der russischen Arbeiter nähert sich seinem Ende. Unter dem Druck der gewaltigen Siege der Roten Armee, unter dem Druck seiner eigenen Hilfslosigkeit gegenüber dem erstarkten Sowjetrußland sah sich der Oberste Rat gezwungen, mit der Aufhebung der Blockade gegen Sowjetrußland zu beginnen. Noch versuchen die Vertreter des Ententekapitals, mit heuchlerischen Phrasen ihre Niederlage zu verdecken. Nachdem sie durch Jahre russische Kinder und Frauen zum Hungertode verurteilt haben, wollen sie plötzlich „die unglückliche Lage der Bevölkerung Mittelrußlands bessern“. Und noch weigern sie sich, die Sowjetregierung offiziell anzuerkennen.

Trotzdem ist der Beschluß des Obersten Rates der „Sieg der Sowjets“, wie ihn die „Iswestija“ nennt, der größte Sieg, den die Sowjets jemals errungen haben. Die Ententestaaten werden halb gezwungen sein, die letzten Masken fallen zu lassen. Denn heute braucht das Ententekapital Sowjetrußland notwendiger als die russischen Arbeiter das Ententekapital. Und da die Sowjetregierung als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen ihre offizielle Anerkennung verlangt, wird auch dies erzwungen werden, so wie die russischen Arbeiter die Aufhebung der Blockade erzwungen haben. Doch die Forderung der Sowjet-

regierung muß jetzt zur Forderung des internationalen Proletariats gemacht werden: Anerkennung der Sowjetregierung, sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen! Erst wenn diese Forderungen erfüllt sind, wird der „Sieg der Sowjets“ endgültig sein.

Die Handelsbeziehungen sind aufgenommen und die ersten Wirkungen waren einer Melbund aus Helsingfors zufolge eine gewaltige Kurssteigerung der finnischen und russischen Valuta.

Erst Frieden, dann Aufnahme der Handelsbeziehungen.

In einem Funkpruch aus Moskau erklärt die russische Sowjetregierung, daß sie jederzeit bereit wäre, die Handelsbeziehungen mit den Alliierten wieder aufzunehmen, daß sie aber vorher den Abschluß eines Waffenstillstandes verlangen müßte, widrigenfalls würden alle Handelsschiffe der Entente in russischen Häfen versenkt werden.

Aus den Organisationen

Berlin.

Unternehmerbrutalität. In der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik“ prangte folgender Anschlag:

Bekanntmachung.

Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die heute Donnerstag, den 15. Januar 1920,

die Arbeit nicht aufgenommen und den Betrieb ohne Einwilligung der Firma verlassen haben, sind hiermit aus dem Arbeitsverhältnis auf Grund § 123, Absatz 3, der Gewerbeordnung entlassen.

Die Papiere sowie der Lohn für die 2. Woche und der Restlohn werden den zur Entlassung gekommenen durch die Post unverzüglich zugesandt.

Wittenau, den 15. Januar 1920.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik,
gez. Loewe, Demmer.

Das bedeutet, daß von 1800 Arbeitern 1700 entlassen werden, das bedeutet weiter, daß Unternehmer aus krassem Egoismus einen großen Betrieb lahmlegen und der Volkswirtschaft einen Schaden zufügen. Gegen Arbeiter aber gibt es Maschinengewehre, Ausnahmegeetze und brutale Machtanwendung.

Braunschweig.

Arbeiterausschuß — der Handlanger der Bourgeoisie! Circa 60 Arbeitern der Firma Jüder & Co. ist folgendes Schreiben zugestellt worden: Infolge des überaus schwachen Auftragsbestandes unseres Werkes sehen wir uns im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß zu unserem Bedauern veranlaßt, Sie ab 15. Januar 1920 auf unbestimmte Zeit (etwa 5 Wochen) zu beurlauben. Sobald wir Ihre Arbeitskraft wieder benötigen, werden wir Sie zurückrufen. Wir bezahlen für die Zeit Ihrer Beurlaubung die Werksbeiträge zur Ortskrankenkasse und gegebenenfalls zur Unterstützungskasse weiter, erwarten aber von Ihnen, daß Sie Ihre Beiträge alle 14 Tage in unserer Arbeitermeldestelle entrichten. Die Ihnen aus der Arbeitslosenfürsorge zustehenden Gelder werden Ihnen durch unsere Lohnkasse gezahlt. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Akt.-Gesellschaft. J. A.: F. Ernst.

Die unabhängige „Freiheit“ bemerkt dazu, daß eine Beurlaubung auf unbestimmte Zeit doch tatsächlich nichts anderes bedeutet als Entlassung, und daß dazu der rechtssozialistische Arbeiterausschuß seine Zustimmung gegeben habe. Etwas anderes sei allerdings von diesen Leuten auch nicht zu erwarten gewesen, weil sie bisher stets mit dem Unternehmer durch dick und dünn gegangen seien. Die unabhängige „Freiheit“ empfiehlt den Arbeitern, sich an den Schlichtungsausschuß zu wenden, und sich dabei zu stützen auf eine Verordnung vom 3. September 1919, wo es im § 12 heißt, daß eine Entlassung nur vorgenommen werden darf, wenn eine Streckung der Arbeit durch Einschränkung der Arbeitszeit nicht angängig ist.

Was empfiehlt also das U. S.-Blatt, das dem Arbeiterausschuß nachsagt, rechtssozialistisch zu sein, obgleich, soweit wir unterrichtet sind, der gesamte Ausschuß aus wackeren U. S. P.-Gewerkschaftlern besteht. Es empfiehlt die Anrufung des Schlichtungsausschusses zu dem Zweck, statt der Brotlosmachung von 60 Arbeitern, der gesamten Arbeiterchaft eine Lohneinbuße durch Verkürzung der Arbeitszeit aufzuzwingen. Was aber heißt das. Doch nichts anderes, als durch den Lohnausfall aller Arbeiter das Elend der Lohnsklaverei nicht besonders fühlbar zu machen für einige wenige, die gänzlich arbeitslos werden. Hebt man aber durch solche Reformen die Notlage des Proletariats? Im Gegenteil. Das Proletariat wird dadurch nur immer tiefer in die Verelendung getrieben, während das Unternehmertum durch den so geschaffenen Ausgleich die Produktion noch wieder vor Erschütterungen bewahrt hat. Die Arbeiterchaft wird erkennen müssen, daß alle hohen Re-

formen all die Probleme, die eng verwachsen sind mit dem Kapitalismus, nicht lösen kann. Es gilt das System zu beseitigen. Und hier ist es Aufgabe aller Revolutionäre, den Kampf aufzunehmen, um durch die Schaffung revolutionärer Betriebsräte die Kontrolle über die Produktion zu erkämpfen.

Bremen.

Allgemeine Vertrauensmännerziehung. Die am 17. 1. tagende, gut besuchte allgemeine Vertrauensmännerziehung der U. A. U., Ortsgruppe Bremen, hatte nur geschäftliche Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Eine längere Diskussion entspann sich über die Anstellung eines örtlichen Geschäftsführers und einer Schreibkraft.

Von einigen Genossen wurde die Gefahr des Bonzentrums durch die Anstellung irgendwelcher Personen hervorgehoben, während die Genossen, die diese Auffassung nicht teilten, mit Recht auf das besondere und eigentümliche Wesen der revolutionären Betriebsorganisation hinwiesen, die ein Bonzentrum unmöglich erscheinen läßt. Es gelangte schließlich ein Antrag zur Annahme, der verlangt, daß die Mitglieder in Betriebsversammlungen zu dieser Frage prinzipiell Stellung zu nehmen haben und das Ergebnis der nächsten Vertrauensmännerziehung vorzulegen ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entstand eine rege Debatte über die Wahl eines Propaganda-ausschusses. Aufgabe desselben soll sein, die Propaganda auf die einzelnen Industriezweige am Orte und im Bezirk zu verbreiten. Da der Ortsauschuß dazu nicht in der Lage ist, weil er die Propaganda für das ganze Reich zu leisten hat. Da aber die organisatorische Erfassung der für die U. A. U. reifen Betriebe eine unumgängliche Notwendigkeit ist, wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Vorarbeiten für eine großzügige und intensive Agitation in die Wege leiten soll. Ein Antrag des Ortsauschusses an die Vertrauensleute wünschte die Abführung des ganzen 50 Pfg. betragenden wöchentlichen Mitgliedsbeitrages auf die Dauer von 14 Tagen von den gesamten am Orte bestehenden Betriebsorganisationen. Die Aussprache ergab, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahme von den Anwesenden voll anerkannt wurde. Der eindringliche Appell eines Genossen, daß es in dem Verhalten der Mitglieder liege, ob die Union zu jener Waffe im proletarischen Klassenkampf wird, die sie unbedingt werden muß, soll das gesteckte Ziel erreicht werden, fand die Zustimmung der Genossen. Ein aus der Mitte der Sitzung kommender weitergehender Antrag verlängerte die Frist auf 3 Wochen und fand einstimmige Annahme.

Unter Punkt Verschiedenes berichtet der Vertreter der Atlas-Werke von dem Terror der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Dieselben haben die Vertrauensleute der Betriebsorganisation durch Beschluß aus dem Vertrauensmännerkörper ausgeschlossen. Eine geheime Abstimmung ergab das für die revolutionär sein wollende Arbeiterchaft, die zum überwiegenden Teil aus Genossen der U. S. P. besteht, beschämende Resultat, daß 573 Stimmen den Terror gegen die Unionisten gut hießen, während 530 Genossen das verwerfliche Verhalten der Vertrauensleute ablehnten. Die Vorgänge werden noch Gegenstand der Kritik an den Praktiken der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften sein, in der Presse wie auch in den Versammlungen sein müssen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Allgem. Arbeiter-Union Deutschlands

Gruppe Bramsche



Mitglieder-Versammlung

bei Wilh. Bohne

jeden 4. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr



Kommissions- und Vertrauensmänner-Sitzungen
jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Bohne. Marken
und Zeitungen daselbst beim Kassierer

Nachruf

Am 19. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unser Kampfgenosse

L. Ladwig

Er war ein eifriger agitatorischer Kampfgenosse.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Seine Kampfgenossen

A.-G. Weser, Bremen